



Newsletter

Juli 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Special Envoy on maritime policy“ / Sondergesandte für Meerespolitik – das bin ich seit dieser Woche, benannt von dem Präsidenten des Europaparlaments Antonio Tajani. Ich soll als seine Beraterin in maritimen Angelegenheiten fungieren und ihn und damit das Parlament bei internationalen Konferenzen vertreten. So eine Funktion gab es noch nie, und ich freue mich natürlich sehr darüber, da diese Berufung auch eine Anerkennung für mein langjähriges Engagement für die nachhaltige Entwicklung der Meeresressourcen und den Schutz des Ozeans ist (später mehr dazu).

Vor der Sommerpause gab es aber natürlich auch sonst viele Themen, die uns beschäftigt haben: die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens EU-Japan, die vorläufige Zurückweisung weiterer Verhandlungen zur Urheberrechtsreform, Besuch von gleich zwei Staatsoberhäuptern – aus Polen und Österreich -, die Ablehnung des Mobilitätspakets, und meine Meeresgruppe SEARICA war auch wieder aktiv.

Bei mir stehen in den nächsten Wochen Termine im Wahlkreis an, insbesondere mit Hafenesuchen, da ich jetzt neben der Hafenauffangrichtlinie auch noch die Verordnung zu „Single window“, der elektronischen Bearbeitung von Frachtpapieren in Häfen, bearbeite. Dazwischen steht dann auch bei mir der Sommer-Urlaub an.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer und melde mich wieder im September!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

- Österreichischer Ratsvorsitz - Agenda und Aussprache mit Bundeskanzler Sebastian Kurz *Seite 3*
- Die Zukunft der EU aus der Sicht des polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki *Seite 3*
- Die jüngsten Erklärungen des Innenministers Italiens zu Sinti und Roma und Minderheitenrechte in der EU *Seite 4*
- Ablehnung des Mobilitätspakets (ALDE-Berichterstatterin) *Seite 5*

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

- Konferenz zu Drohnen *Seite 6*
- SEARICA - Unterwasserlärm *Seite 6*
- SEARICA - Green Shipping *Seite 6*
- Europaforum der Naumann-Stipendiaten *Seite 7*
- Ernennung zur Sondergesandten für Meerespolitik *Seite 7*
- Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform *Seite 8*

III. Aus Deutschland und aller Welt

- Besuch des EDEKA-Lagers in Lauenau *Seite 9*
- Maritime Termine in Hamburg: Ozeandekade und Schiffsmüllentsorgung *Seite 9*

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Österreichischer Ratsvorsitz - Agenda und Aussprache mit Bundeskanzler Sebastian Kurz

In der letzten Straßburg-Woche vor der Sommerpause konnten wir gleich zwei Regierungschefs im Plenarsaal empfangen: Zum einen den polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki, über den ich gleich noch genauer berichten werde. Zum anderen den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, welcher die Agenda des österreichischen Ratsvorsitzes für die nächsten sechs Monate vorstellte.

Dieser gab sich ambitioniert und betont weltoffen vor dem europäischen Parlament: Der Ratsvorsitz hat als Ziel Brückenbauer zu sein. Trotzdem stellt er den Ratsvorsitz unter das Motto „ein Europa, das schützt“. Doch was genau meint Kurz damit? Er nennt drei Prioritäten, an denen er arbeiten möchte: Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, ein Europa als Vorreiter in der Digitalisierung und Automatisierung und eine aktive Nachbarschaftspolitik.

Für den Kampf gegen illegale Migration sieht Kurz einen stärkeren Fokus auf Sicherung der Außengrenzen und Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Im Bereich Digitalisierung und Automatisierung geht es Kurz besonders um Wettbewerbsfähigkeit. In diesem Zusammenhang begrüßt er den Vorschlag der Kommission zu einer Ausgleichsteuer für Internet-Giganten. Bezogen auf die Nachbarschaftspolitik ist Kurz wichtig, besonders dem westlichen Balkan eine europäische Perspektive zu geben und diesen Staaten den Weg in die Europäische Union zu ebnen. Sein Ratsvorsitz soll sich laut Kurz besonders den großen und nicht den kleinen Fragen widmen. Dazu nimmt Guy Verhofstadt, Fraktionsvorsitzender der ALDE Stellung: „Es ist ein bisschen anders der Präsident des Europäischen Rates als der Bundeskanzler von Österreich zu sein. Was Du als Ratspräsident machst, ist komplett anders. Du musst Brücken bauen und Kompromisse machen und du musst auch schwere Kompromisse finden.“ - Deswegen darf laut Verhofstadt nicht nur illegale Migration Thema sein, sondern Kurz müsse auch den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) vorantreiben. Oder um es mit Jean-Claude Junckers Worten zu sagen: „Auf den Tisch des Hauses gehören positive Verhandlungen, charmgetriebene Lösungsansätze. Auf den Teller gehört nicht nur Wiener Schnitzel.“

Und so fragt die Fraktion der Sozialisten (S&D), wie es nun im bilateralen Verhältnis von Deutschland und Österreich aussieht, wo doch CDU und CSU einen Kompromiss aushandeln wollen, der unter anderem Transitzentren vorsieht, die Flüchtlinge an der Grenze zu Österreich zurückschicken sollen. Hierzu wollte Kurz noch keine Aussage treffen, da es sich um keine in der Koalition mit der SPD konsolidierte Regierungsposition handele. Bezogen auf EU-Innengrenzen äußert Kurz jedoch: „Ich verspreche Ihnen, das wir als österreichischer Ratsvorsitz alles in unserer Macht stehende tun werden, um langfristig sicherzustellen, dass es wieder ein Europa ohne Grenzen nach innen geben wird.“ Auf dieses Versprechen gab es spontanen Applaus - meine Kollegen und ich werden ihn beim Wort nehmen. Denn spätestens in sechs Monaten wird sich Sebastian Kurz erneut dem Europäischen Rat vorstellen müssen und darlegen, ob sowohl in den großen als auch in den kleinen Fragen Kompromisse erzeugt werden konnten. Mit dem Brexit, dem MFF und der Reformierung des Europäischen Asylsystems hat Österreich erst einmal alle Hände voll zu tun - ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Die Zukunft der EU aus der Sicht des polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki

Am nächsten Tag kam nun der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki der Einladung des Parlaments nach, seine Vision zur Zukunft der EU vor dem Straßburger Plenum zu teilen. Es war eine besondere Situation: In der Vergangenheit war Polen immer wieder von der EU ermahnt worden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzuhalten, Auslöser waren die polnischen Verfassungsreformen 2016.

Deshalb war es keine Überraschung, dass Morawiecki bereits zu Beginn klarstellte: Das Christentum habe Europa entscheidend geprägt und erst die Vielfalt auf dem Kontinent ermöglicht. Diese existiere immer unter der Respektierung nationaler Identitäten und bedeute auch, dass die Nationalstaaten ihre Gesetze selbst gestalten. Europa ist immer noch dabei sich weiterzuentwickeln, meint Morawiecki, allerdings darf es nicht die Augen vor der heutigen Situation verschließen, die eine ganz andere ist als in den 70ern und 80ern oder noch davor. Denn es sei eine Reaktion auf die Krisen entstanden, die er „demokratisches Erwachen“ nennt: Die Menschen wollen wieder selbst entscheiden, denn sie trügen das Gen der Freiheit

in sich. Selbst wenn die Integration eine tolle Sache sei, könne diese nicht weiter vorangetrieben werden, wenn die europäischen Bürger nicht dieser Auffassung seien.

Morawiecki fordert deshalb eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags: Die EU müsse den Bürgern Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand zurückgeben, so wie es zuvor abgemacht war. Um dies zu erreichen nennt er drei Punkte: Die Union 4.0, zu der ein vertiefter Binnenmarkt gehört, Sicherheit und eine Union der Bürger, die diese z.B. auch vor global agierenden Konzernen schützt. Der Binnenmarkt müsse vollendet werden und die Produktivität erhöht, sodass die EU wettbewerbsfähig bleiben könne. Gerade in dem Dienstleistungssektor sieht Morawiecki Nachholbedarf: Während dieser 70% aller Güter in der EU ausmache, würden nur 25% EU-weit gehandelt werden. Auch die aktuell diskutierte Beschneidung der Mittel in der Kohäsionspolitik im MFF sieht Morawiecki kritisch: Dies würde nur mehr Ungleichheiten schaffen. Stattdessen müssten auf nationaler Ebene die Steuersysteme „Schlupflochdicht“ gemacht werden und effektive Rechtslösungen für Steuerbetrüger und Steuervermeider gefunden werden. Auch Monopole im digitalen Sektor sollen bekämpft werden und Investitionen strategisch erfolgen, besonders um saubere Technologien zu fördern und CO2 zu reduzieren.

In Punkto Sicherheit plädiert Morawiecki für die Pläne einer Europäischen Verteidigungsunion und begrüßt die neusten Vorhaben der Kommission. Hierzu gehöre aber auch der Ausbau von Cybersecurity und der Schutz von Außengrenzen, um den europäischen Bürgern Sicherheit zu bieten. Schließlich müsse die EU auch in den Herkunftsländern von Flüchtlingen aktiv werden und einen Marshall-Plan für Afrika erstellen. Eine Union der Bürger beinhaltet laut Morawiecki auch eine ambitionierte Sozialpolitik. Automatisierung, Künstliche Intelligenz, Digitalisierung: all dies führe zu einer Verschiebung von Arbeit zum Kapital - hier müsse die EU aktiv werden und den Bürger vor global agierenden Unternehmen schützen, gerade aus dem digitalen Sektor.

Die Rückfragen aus dem Plenum waren meistens nicht auf Morawieckis Vision als solche, sondern auf Polen als Mitgliedsstaat in der EU gerichtet. Von vielen Seiten kam Kritik zu den Reformen in Polen und immer wieder die Frage, ob Polen noch die Werte der EU wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teile. ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt drückte dies so aus: „Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft bedeutet europäisches Territorium und europäische Interessen mit europäischem Leben zu verteidigen. Das ist nur möglich unter einer Bedingung: dem Teilen von Werten wie demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, die Regeln des Spiels nun einmal. Die EU ist mehr als ein Binnenmarkt (...), es ist eine Wertegemeinschaft.“ Ich möchte Guy Verhofstadt zustimmen. Die EU hat deutlich mehr zu bieten und ich bin sicher, dass Polen hier in Zukunft eine wichtige Rolle spielen kann, wenn sie sich auf unsere europäischen Werte zurückbesinnen. Europa wird, wie Premier Morawiecki selbst sagt, auch geopolitisch eine immer wichtigere Rolle für jeden Mitgliedstaat spielen. Hinter dem Zweck und Mehrwert der Union liegen jedoch Werte, die jedes Land respektieren muss.

Die jüngsten Erklärungen des Innenministers Italiens zu Sinti und Roma und Minderheitenrechte in der EU

Vor kurzem sorgte der italienische Innenminister Matteo Salvini erneut für Empörung. Gegenüber dem Fernsehsender Telelombardia kündigte er an, beim nächsten Zensus Sinti und Roma separat erfassen zu wollen, mit Konsequenzen: Sinti und Roma ohne italienische Staatsbürgerschaft wolle er ausweisen, die mit italienischer Staatsbürgerschaft müsse man „unglücklicherweise behalten“. Die separate Erfassung einer Volksgruppe durch eine Zählung erinnerte viele an dunkle Zeiten des letzten Jahrhunderts. Nach der Etablierung der Achse Rom-Berlin zwischen den faschistischen Regimen unter Mussolini und Hitler wurde die „ethnische Säuberung“, wie sie die Deutschen nannten, auch in Italien vollzogen.

Deshalb fordert der italienische grüne Abgeordnete Marco Affronte eine klare Positionierung des Europäischen Parlaments zu diesen Äußerungen. Denn nun sperren, so Affronte, die Mitgliedsstaaten ihre Grenzen und schauen weg. Affronte mahnt: „Europa hat seinen Kompass verloren.“ Wenn das Parlament nicht das europäische Grundprinzip „Einheit in Vielfalt“ anspräche wären Grundwerte in der ganzen EU gefährdet. Deshalb fordere er eine einvernehmliche Ratsposition gegenüber Salvini innerhalb von 24 Stunden.

Die Reaktionen der anwesenden Ratsvertreterin und der liberalen tschechischen Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung Věra Jourová fällt ähnlich aus: Roma in Europa leben häufig immer noch in Armut und sozialer Ausgrenzung. Genau deshalb hat die Kommission vor sieben Jahren eine Strategie

zur Integration von Roma aufgesetzt die sich auf vier Bereiche fokussiert: Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum. Mit zehn bis zwölf Millionen Roma stellt diese Volksgruppe die größte Minderheit in Europa. Auch deshalb hat die Kommission im Rahmen ihrer Strategie rechtliche, politische und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung erfolgt national und wird aufgrund der unterschiedlichen Integrationsprobleme laut Jourová „sehr individuell“ angegangen. Trotzdem muss sie feststellen: Gerade im Bereich der Online-Gewalt nehmen Roma häufig den Platz von Flüchtlingen ein und werden Opfer von Hassreden.

Meine schwedische ALDE-Kollegin Cecilia Wikström betont, dass sie schockiert ist von den Entwicklungen in Italien und diese ihr „Angst bereiten“. Auch sie fühle sich erinnert an die „dunkelsten Zeiten der Geschichte“. Sie sieht auch den Europarat in der Verantwortung, auf dieses Verhalten zu reagieren. Auch mich empört Herr Salvinis Verhalten: In Europa und ganz besonders in der EU gelten für alle Menschen die Grundrechte, welche absolut und unantastbar sind. Ein solches Aufhetzen gegen eine ethnische Volksgruppe hat in unserer EU keinen Platz, das sollte Salvini als Minister von Italien, einer der Gründerstaaten der EU, klar sein. Wir werden genau beobachten, ob er seinen Worten auch Taten folgen lässt. Dann müsste dies rechtlich überprüft werden.

Ablehnung des Mobilitätspakets (ALDE-Berichterstatlerin)

Nachdem wir im Verkehrsausschuss Anfang Juni mühselig eine Position abgestimmt hatten, hat das Plenum alle TRAN-Berichte zum 1. Mobilitätspaket abgelehnt und zurück an den Ausschuss verwiesen. Das war ziemlich frustrierend für alle, die seit Monaten an diesen Themen gearbeitet haben, um mehrheitsfähige Kompromisse zu finden. Es ist vor allem die ungelöste Frage, wann LKW-Fahrer als entsendete Arbeitnehmer gelten, die das Parlament spaltet. Als entsendeter Arbeitnehmer müsste man den LKW-Fahrer nach den nationalen Tarifen vor Ort bezahlen. Nach der TRAN-Position würden LKW-Fahrer im internationalen Verkehr von der Entsendung ausgenommen, weil man davon ausgeht, dass sie sich jeweils nur wenige Stunden in einem anderen Land aufhalten. Diese Position fand allerdings im Ausschuss nur eine ganz knappe Mehrheit. Deswegen war es nicht verwunderlich, dass sie ebenfalls mit knapper Mehrheit im Plenum gekippt wurde. Obwohl es eine Mehrheit dafür gab, einem LKW-Fahrer, wenn er im Monat mehr als zehn Tage in einem bestimmten Land verbringt, den dortigen Mindestlohn zu bezahlen, wurde der Bericht zur Entsendung am Ende abgelehnt. In der Konsequenz wurden auch die Lenk- und Ruhezeiten und die Kabotage-Vorschriften an den Ausschuss zurückverwiesen, obwohl viele der Hauptpunkte angenommen wurden. Mich hatte gefreut, dass bei den von mir für die ALDE bearbeiteten Lenk- und Ruhezeiten vieles angenommen wurde, was ich für mehr Praxisnähe eingebracht hatte: mehr Flexibilität für Busfahrer und Straßenbauer, Befreiung der Handwerker von der Tachographen-Pflicht im Umkreis von 150 km vom Unternehmensstandort, Vorschläge der Kommission zur Einbeziehung autonomen Fahrens u.a.. Ich hoffe, dass die Mehrheit sich bei der nächsten Abstimmung wiederholt.

Die Koordinatoren des Verkehrsausschusses werden nach der Sommerpause entscheiden, wie weiter verfahren wird. Aber ich hoffe, dass wir auf den sinnvollen Punkten, die wir bisher einbringen konnten, aufbauen können und im Herbst doch noch einen mehrheitsfähigen Text im Plenum einbringen können. Die am 1. Juli neu angetretene österreichische Ratspräsidentschaft hat auch angekündigt, am 1. Mobilitätspaket weiterzuarbeiten. Aber auch dort bleibt abzuwarten, ob sich schnell Fortschritte erzielen lassen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Konferenz zu Drohnen

Hin und wieder organisiere ich Veranstaltungen im Europaparlament, aber die Konferenz zum Thema Drohnen Ende Juni war besonders hochkarätig besetzt. Die Kommissarin Violeta Bulc hat sich extra Zeit genommen, uns ihre Sicht auf die zukünftige Entwicklung des Drohnenmarktes in Europa vorzustellen. Sie selber plant als studierte IT-Spezialistin im November eine große Konferenz zu Drohnen in Amsterdam. Auch der Chef der Europäischen Luftfahrtsicherheitsagentur Patrick Ky hat uns die sicherheitstechnischen Aspekte von Drohnen erklärt.

Zivile Drohnen sind ein extrem spannendes Thema, weil sie sehr viele sinnvolle Anwendungen haben. Es war zum Beispiel ein Vertreter anwesend, der Drohnen für den schnellen Transport von Spenderorganen zwischen Krankenhäusern benutzen möchte. Andere Drohnen düngen große Felder oder inspizieren Industrieanlagen und Eisenbahninfrastruktur auf Sicherheitslecks – daher war auch der Chef der Europäischen Eisenbahnen Libor Lochman da. Dieser zunehmende Drohnenverkehr muss in der Luft natürlich organisiert werden, wie uns die Deutsche Flugsicherung erläuterte. Ko-Organisator der Konferenz war die Drone Alliance Europe, ein Verband von Drohnenherstellern.

SEARICA - Unterwasserlärm

Ende Juni fanden gleich zwei Veranstaltungen meiner Meeresgruppe SEARICA statt. Am 26 Juni ging es dabei um das Thema des Unterwasserlärms, das bisher sehr wenig Aufmerksamkeit bekommen hat, da es nur schwer zu veranschaulichen ist. Die durchaus dramatischen Auswirkungen konnten die rund 40 Teilnehmer bei der Vorführung des Films Sonic Sea im Rahmen der Konferenz nachvollziehen. Geräusche und Lärm reichen im Meer oft tausende Kilometer weit. Am Beispiel eines Wal- und Delphinsterbens zeigte der Film, wie die Sonaraktivitäten der amerikanischen Marine die Gehörgänge und letztlich das Gehirn der Tiere so schädigten, dass diese auf der Flucht vor der Geräuschquelle qualvoll am Strand verendeten. Ein anderes großes Problem ist die Auswirkung seismischer Tests bei der Suche nach Öl- und Gasvorkommen. Hierbei werden im Sekundentakt Explosionen verursacht, die eine Geräuschkulisse verursachen, die es Meeressäugern unmöglich macht zu kommunizieren.

Gleichzeitig zeigte eine auf der Konferenz vorgestellte Studie, dass Fischbestände teilweise kollabieren, da viele Kleinstlebewesen die Tests nicht überleben, wodurch den Fischen die Nahrungsgrundlage fehlt. Insgesamt gesehen sorgt aber vor allem das inzwischen stark angewachsene Verkehrsvolumen auf den Weltmeeren für eine erhebliche Geräuschkulisse.

Gemeinsam mit dem portugiesischen Abgeordneten und SEARICA-Vizepräsidenten Ricardo Serrao Santos und Experten der Europäischen Kommission, des International Fund for Animal Welfare aber auch Kapitän Wolfram Guntermann von Hapag Lloyd wurde diskutiert, wie eine Anpassung von Schifffahrtsrouten, Drosseln der Geschwindigkeit aber auch Schutz- und Ruhezone eine wichtige Rolle dabei spielen können, mit geringen ökonomischen Auswirkungen das Wohlbefinden der Lebewesen im Meer erheblich zu verbessern.

SEARICA - Green Shipping

Gleich am nächsten Tag beschäftigten wir uns dann innerhalb der Intergroup mit „Green Shipping“, also der Dekarbonisierung der Schifffahrt, mit einigen „Wiederholungstätern“ vom Tag zuvor als Referenten.

Gerade die Schifffahrt ist ein Sektor, in dem CO₂ ein ernstes Thema darstellt. So präsentierte uns Christine Berg von der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der Kommission, dass die internationale Schifffahrt im Jahr 2012 allein für 2,2% aller CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich war. Schaut man in die Zukunft, wird das Bild noch einmal kritischer: bleibt alles so wie es ist, kommen - abhängig von den Entwicklungen in Wirtschaft und Energie - Schätzungen auf eine Steigerung von 20 bis 210% zwischen 2020 und 2050. Was kann also getan werden, um den Schiffsektor emissionsärmer zu machen?

Auf diese Frage gibt es verschiedene Antworten und das ist auch gut so! Ich persönlich glaube, dass es oftmals gewinnbringender ist an unterschiedlichen Stellschrauben zu drehen, statt sich auf eine Lösung starr festzulegen. So erklärte Valentine Willmann von der Organisation HyER (European Association for Hydrogen and fuel cells and Electromobility in European Regions) das Potential von Wasserstoff und Brennstoffzellen und die notwendige Infrastruktur, die dafür geschaffen werden soll. Aber auch eine Optimierung der Beschleunigung und Schnelligkeit der Schiffe kann entscheidende Beiträge zur Reduzierung von Emissionen bieten. Wenn Häfen den optimalen Weg in den Hafen angeben, bzw. große Containerschiffe in einem Zuge be- und entladen, kann dies unnötige Strecken und damit CO₂-Ausstoß vermeiden. Eine weitere Alternative zum Diesel soll auch flüssiges Erdgas (kurz LNG) bieten. Dieses findet immer mehr Anwendung im Schiffsektor und kann einen Teil zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen. Alles in allem ist es beeindruckend, wie viele Möglichkeiten uns schon heute durch die Technologie geboten werden - hier wird uns sicher in den nächsten Jahren noch einiges erwarten.

Europaforum der Naumann-Stipendiaten

Man kann es schon beinahe eine Tradition nennen, dass die Naumannstipendiaten zusammen mit Vertretern liberaler Partner zu Besuch in das Parlament kommen, um aktuelle europäische Themen zu diskutieren. Ins Leben gerufen wurde dieses Format von meinem Assistenten und Altstipendiaten Klaas de Boer, der in Absprache mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und der stipendiatischen Organisation der Stiftung einen bunten Strauß an Themen zusammengestellt hat: Handelskrieg mit Trump, Fake-News, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um nur ein paar zu nennen.

Ich selbst konnte die Stipendiaten wie schon bei den Besuchen zuvor bei einem Mittagessen treffen und Einblicke zum Leben eines Parlamentariers und in meine Arbeit bieten. Besonders interessierte die Stipendiaten meine Arbeit zu Plastik im Meer, was mich sehr freute, da der Ozean bekanntlich meine große Leidenschaft ist. So war es erneut schön, junge und engagierte Menschen im Parlament zu empfangen!

Ernennung zur Sondergesandten für Meerespolitik

Meerespolitik ist ein weitreichendes Feld. Es umschließt sowohl die Probleme von Plastikverschmutzung im Meer und die vom Klimawandel verursachte Abnahme des Sauerstoffgehalts als auch das Potential des Ozeans als Transportweg und Quelle von Energie, Rohstoffen und Nahrung. Im Europäischen Parlament ist Meerespolitik allerdings über verschiedene Ausschüsse verteilt.

Daher hat mich der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani zur Sondergesandten für Meerespolitik ernannt, um ihn in diesem Politikfeld zu beraten. Der Ozean ist geographisch gesehen der größte europäische Wahlkreis, aber ohne Wähler. Jetzt hat er endlich eine Stimme im Europäischen Parlament. Das ist eine großartige Chance und ich werde mich dafür einsetzen, dass die Bedeutung des Ozeans für unser Wohlergehen und die Zukunft des Planeten weiter anerkannt wird.

Ich freue mich darauf, eng mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zusammenzuarbeiten, um eine ambitionierte meerespolitische Agenda zu entwerfen. Die EU ist in vielen Bereichen bereits ein Vorreiter, aber die großen Herausforderungen wie Plastikverschmutzung und Klimawandel machen weitere Handlungen unabdingbar.

Gerade der Müll im Meer ist für viele Bürgerinnen und Bürger der EU ein wichtiges Thema. Das Europäische Parlament zeigt mit der Ernennung einer Sondergesandten für Meerespolitik, dass ihre Sorgen und Interessen auf europäischer Ebene Gehör finden. In den nächsten Monaten werde ich eng mit Politikern, Bürgern und Interessensvertretern zusammenarbeiten, um eine weitreichende Meerespolitik in Europa aber auch weltweit voranzubringen. Einen Schwerpunkt wird dabei die Jugend für maritime Bildungsprojekte ausmachen, denn nur so kann sichergestellt werden, dass auch sie von dem größten Lebensraum der Erde profitieren wird.

Als Sondergesandte bin ich dafür zuständig, den Parlamentspräsidenten persönlich über Entwicklungen der Meerespolitik zu informieren, ihn bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen zu vertreten sowie

bei der Ausarbeitung von politischen Positionen im Bereich der Meerespolitik bis zum Ende des Mandats zu unterstützen.

Seit 2009 arbeite ich als Europaabgeordnete im Bereich der Meerespolitik. 2010 war ich Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für eine Integrierte Meerespolitik (IMP), 2014 für Maritime Raumordnung (MRO) und derzeit bin ich Berichterstatterin für die Richtlinie zu Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände. Außerdem bin ich seit 2014 Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (Searica) des Europäischen Parlaments.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**
Sitz der EMA, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Demnächst im Trilog:**
ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich)
- **Im Ausschuss:**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie, mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastruktur-förderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

II. Aus Deutschland und aller Welt

Besuch des EDEKA-Lagers in Lauenau

Wann immer ich mit dem Auto in den letzten 9 Jahren nach Brüssel unterwegs war, kam ich daran vorbei - jetzt war ich zu einem Besuch im EDEKA-Lager in Lauenau, direkt neben der Autobahn. Spannend war dabei nicht nur der Rundgang durch die einzelnen sehr unterschiedlich temperierten Hallen - wir haben insbesondere den Kühlsektor inspiziert, ausgerüstet mit warmen Jacken, ungewöhnlich im Hochsommer. Entscheidend für die Qualität der Tiefkühlprodukte und der Frischwaren ist natürlich eine garantiert ununterbrochene Kühlkette mit entsprechend konstanter angemessener Temperatur. Das erfordert einen hohen Energieeinsatz und stellt einen hohen Kostenfaktor dar. Es wurde daher viel zur Verbesserung der Energieeffizienz unternommen. Die Abwärme des Kühlbereichs wird zum Heizen und für Warmwasserproduktion genutzt, aber es bleibt immer noch eine Menge über.

Beeindruckend fand ich den relativ hohen Prozentsatz an gehörlosen Menschen, die im Lager eingesetzt sind. Um im Team kommunizieren zu können, haben sich einige der anderen Kollegen schon mit Gebärdensprache beschäftigt. Auf meine Frage, wie die gehörlosen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter denn im Falle von Alarm oder Gefahr informiert werden können, bekam ich eine sehr schlüssige Antwort: ein Gerät in der Hosen- oder Jackentasche "informiert" durch Vibration.

Im Gespräch erfuhr ich, dass in einigen EDEKA-Märkten jetzt auch ein Beitrag zur Reduzierung von sonst vorgeschriebenen Plastikfolien an Wurst- und Käsetheke geleistet wird, der den Hygienevorschriften entspricht: als Kunde kann man ein mitgebrachtes Behältnis auf ein Tablett stellen, das dann hinter die Theke gereicht wird, dort wird das Behältnis gefüllt und wieder zurückgegeben. Lobenswert!

Maritime Termine in Hamburg: Ozeandekade und Schiffsmüllentsorgung

Meines Erachtens gibt es wenige Arbeitsplätze mit so lohnenswerter Aussicht: Elbphilharmonie, Landungsbrücken und ein Großteil des Hamburger Hafens liegen der Präsidentin des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) quasi "zu Füßen". Wie schon bei meinen früheren Besuchen kam ich aber kaum dazu, die vielen Schiffsbewegungen zu beobachten, dazu gibt es immer viel zu viel Interessantes für mich

zu besprechen. Thema waren dieses Mal meine aktuelle Arbeit als Berichterstatteerin an der Richtlinie für Hafenauffangvorrichtungen und als Schattenberichterstatteerin an der Verordnung "Single Window", durch die jetzt europaweit verpflichtend die elektronische Abfertigung der Frachtpapiere eingeführt werden soll. Häfen stehen zwar unter der Verantwortung der jeweiligen Bundesländer und liegen nicht in der Zuständigkeit des Bundes, aber im BSH laufen viele Informationen und Fäden zusammen und es gibt dort langjährige für mich wertvolle Erfahrungen mit der praktischen Auswirkung von Gesetzen.

Mit der Präsidentin Monika Breuch-Moritz verbindet mich aber auch das Engagement für den Ozean: sie ist als Vizepräsidentin der IOC (Intergovernmental Oceanographic Commission) maßgeblich an der Vorbereitung der Ozeandekade der UNESCO (Start ab 2020) beteiligt und ist daher mit vielen Menschen und Organisationen vernetzt, die ich auch regelmäßig treffe.

Nach diesem sehr spannenden Austausch ging es nach Wilhelmsburg - zunächst zu einer vorbereitenden Gesprächsrunde in der Behörde für Umwelt und Energie, die für die Hafenauffangvorrichtungen zuständig ist und auch die ordnungsgemäße Durchführung der Schiffsmüllbeseitigung überwacht. Danach konnten wir im Hafen an Bord eines Containerschiffs sehen, wie das Ganze praktisch abläuft: ein Entsorgungsschiff hatte längsseits am Containerschiff festgemacht. Nach Ausfüllen und Hin- und Herreichen der erforderlichen Formulare (abgefasst in Deutsch und Englisch) mit Angabe der geplanten Art und Menge der zu entsorgenden Materie (in diesem Fall Ballastwasser und Schlick) wurde der mit einem Tank auf der "Barge" verbundene Schlauch (Durchmesser ca. 10 cm) auf das Schiff befördert und dort mittels MARPOL-genormtem Verbindungsteil montiert. Per Funk wurde dann die Crew im Bauch des Containerschiffes verständigt, dass der Entsorgungsvorgang starten kann. Uns wurde erklärt, dass die schlammige Flüssigkeit optimal auf 60 Grad erhitzt sein soll, damit auch wirklich alles fließt und sich nichts im Schlauch festsetzt. Nach einer halben Stunde war das Ganze erledigt, das entsprechende Formular ausgefüllt und abgezeichnet und die Barge konnte wieder ablegen. Interessant war für mich auch, kurz mit der Crew des Entsorgungsschiffes zu sprechen, gerade nachdem ich mich vor einiger Zeit mit der Ausbildung von

Binnenschiffen beschäftigt habe. Auf diesem Gefahrgutschiff sind immer 2 Mann im Einsatz, und zwar 14 Tage am Stück jeweils rund um die Uhr - natürlich auch mit Zeit zum Schlafen. Da sich ja aber die Entsorgungseinsätze nach Häufigkeit der Aufträge und Einlaufen und Liegezeiten der Schiffe richten, sind die Arbeitszeiten sehr unterschiedlich. Es gibt auch auftragsfreie Zeiten, die dann zur Deckpflege und für vor- und nachbereitende Arbeiten genutzt werden. Nach 14 Tagen gibt es 14 Tage frei und die nächste Crew kommt in den Einsatz.

Die Entsorgung von Festmüll, die an Land erfolgt, konnten wir aus Zeitgründen nicht mehr verfolgen. Ein Blick in die verschiedenen Tonnen - jeweils gedacht für getrennte Aufbewahrung von Papier, Glas, Plastik und Speiseabfällen und entsprechend beschriftet - zeigte aber, dass für eine vernünftige Abfallwirtschaft mit Recycling doch noch viel "Luft nach oben" ist: die Tonne "Glas" enthielt beispielsweise alles andere als erwartet, nämlich Müllbeutel und Müll jeder Art statt Glas. Da ist es verständlich, dass die Entsorgungsunternehmen in so einem Fall alles zusammenkippen und verbrennen. Anders sieht es nach Aussagen unserer Gesprächspartner zum Beispiel bei Kreuzfahrtschiffen aus, auf denen die Mülltrennung meist gut funktioniert, so dass auch Recycling statt Verbrennen möglich ist.

IV. Terminvorschau

18. 8.	Hannover	FDP-Landesvorstand
28. 8.	Neustrelitz	Besuch des DLR
29. 8.	Stralsund	Ozeaneum und Hafen
30. 8.	Soltau	Rede beim Festakt „125 Jahre Gymnasium Soltau“
3.-6. 9.	Brüssel	Fraktion, Ausschüsse
4. 9.	Rotterdam	Hafenauffangvorrichtungen, Single Window
5. 9.	Brüssel	SEARICA: Ostsee-Konferenz
7. 9.	Hemmingen	Europa-Vortrag
10.-13. 9.	Straßburg	Fraktion, Plenum

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637

20. Juli 2018